

Veranstaltung...
41. April, 500. Nummer...
Abonnement...
Bis zum...
2.50...
2.75...
2.00...
2.25...
2.50...
2.75...
3.00...
3.25...
3.50...
3.75...
4.00...
4.25...
4.50...
4.75...
5.00...
5.25...
5.50...
5.75...
6.00...
6.25...
6.50...
6.75...
7.00...
7.25...
7.50...
7.75...
8.00...
8.25...
8.50...
8.75...
9.00...
9.25...
9.50...
9.75...
10.00...

Dresdner Nachrichten

Blatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

**NEUE
GESANGBÜCHER**
eigenes Fabrikat,
nach Zeichnung von Hof-
rath Graff, Prof. Rade,
Architekt Malke, Lehrer
E. Hübler u. dergl.,
empfehlen
in welcher Auswahl
ED. PACHTMANN
Hoflieferant
Pragerstrasse 7.

Otto Wolff,
Patent-Anwalt,
Dresden,
Schloss-Strasse 12, L.
Besorgung und Verwerthung von Patenten im In- u. Auslande.
Registrierung von Fabrikmarken und Musterschutz.
Referenzen erster Firmen.
Prospecte gratis und franco.

Gesangbücher
in allen Ausgaben und Ausstattungen zu billigen Preisen empfiehlt
Julius Mähler, 26 Bismarckstr. 26.
sowie sämtliche

Gardinen
weiss und creme, das Fenster v. 3-100 M. empfiehlt
in enormer Auswahl (im Einzelnen zu Fabrikpreisen) das
Gardinen-Special-Geschäft Dresden
Faisenhausstr. 25 (im Hause des Victoria-Salon).

Prof. Dr. Jaeger's Normal-Anzüge, Normal-Artikel empfiehlt **Jean Schieme Nachf.,**
Neust. Rathhaus.
Nr. 96. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.
Ausflüchten für den 5. April: Mäßiger Südwind, zunehmende Bewölkung, keine oder geringe Nebelbildung, Temp. wenig verändert.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisch** Dr. Emil Dieck in Dresden

Wer die heftigen Geberden und die zornigen Worte der Centrumsführer, sowie die leidenschaftlichen Artikel der Centrumspresse für den unheilvollen Ausbruch der Gemüthen hält, der muß glauben: diese große Partei resp. Reichsregierung, daß an ihr Wirkungen bei den großen Gesetzgebungsaufgaben der Gegenwart nimmermehr zu denken ist. Andere will es vornehmen, als ob diese großen Worte und Verdienste ausreichten, um die diese Wolke Pulverdampf darstellen sollen, hinter welcher sich unbewußt eine große Entzündung des Centrums vollziehen wird. Alle politischen Bündnisse sollten das Centrum nicht zum allein lassen und deshalb ging es lebhaft ins Feuer für das Verlangen der Polen, die Wahlkapitulation auch für die katholischen Geistlichen der Diöcese Gnesen-Polen aufzuheben. Die betr. Interpellation zugeworfen war im Grunde darauf gerichtet, dem Ministerpräsidenten der Polen über die Annäherung zwischen Deutschland und Russland zum Ausdruck zu verhelfen. Alle Interessen Deutschlands weisen hin, den 100jährigen Frieden mit Russland zu pflegen und zu erhalten. Das stimmt aber gar nicht zu dem Recepte der Polen, die auf einen Krieg mit Russland speculieren, als solchen Resultat sie ein neues polnisches Königreich erräumen. Unter solchen Umständen trägt die preussische Regierung Bedenken, Concessionen, welche sie an rein deutliche Diöcese gewährt, auch auf die polnischen Kirchen streng auszuführen. Das war der Grund, weshalb der Kultusminister v. Gögler die Interpellation der Polen von der Hand wies. Er hätte es nicht nötig gehabt, so ichroff aufzutreten und jede Grundfrage abzulehnen. Warum entzündete er nicht auf der Tribüne diese politischen Gesichtspunkte, die jetzt das Bismarck'sche Organ darlegt? Da sich der Minister in so tiefes und verletzendes Schweigen hüllte, konnte das Centrum die politische Seite des Verlangens ihrer polnischen Bundesgenossen übersehen und es warf sich mit Ungehörigkeit auf die kirchliche Seite. Es heißt zu weit gehen, wenn das Bismarck'sche Organ dem Centrum deshalb jetzt vorwirft, dasselbe habe an der Seite der Polen Stellung gegen das Reich genommen und Parteibestrebungen unterstützt, welche die Völkervereinigung Preussischer Provinzen und den Krieg mit Russland bezwecken. Hat das Verhalten des Centrums einen so unpatriotischen Ansehens gewonnen, so ist die preussische Regierung an diesem Mißverständnis nicht ganz unschuldig. Warum gerief nicht der Kultusminister durch ein offenes Wort den kirchlichen Rebel, mit dem die polnischen Abgeordneten die deutschfeindliche Tendenz ihres Antrages zu verhalten verstanden? Wir meinen indessen, auch dies war ganz unbedeutend beabsichtigt und das Centrum sollte zu herausfordernden Redensarten gedrängt werden, auf welche dann die Regierungspresse sogleich losloshen muß, damit das Publikum über der heftigen Wortschalot überleht, wie das Centrum allmählig zur Unterstützung der sozialen Reformen der Reichsregierung einwandert.

Dem das höchste Ziel, an welchem dem Fürsten Bismarck einig gelegen, das ist die Sozialreform, und zu deren Durchführung braucht der Kanzler das Centrum. Deshalb will er auch unter allen Umständen mit dem Kulturkampf zu Ende kommen und er wäre bereit, dem Vatikan größere Zugeständnisse zu machen, um den Preis der Unterstützung willen, den das Centrum seiner Sozialreform gewährt. Aus gleichem Grunde hielt er für nötig, mit seiner halben Rücktrittsdrohung einen Druck auf die politisch entscheidenden Faktoren auszuüben. Es ist ja nicht neu, wenn der Reichskanzler sich entschließt, sich „kleiner zu machen“. 1873 bereits gab Bismarck den Vorhüll im preussischen Staatsministerium auf. Statt daß aber die „Friedlichen“ aufhörten, wurden sie immer stärker und taum war ein Jahr in's Land gegangen, so ergras sich die Unmöglichkeit einer mechanischen Scheidung zwischen Preussen und dem Deutschen Reich. Das alte Verhältniß, daß Bismarck zugleich Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident ist, stellte sich rasch wieder ein und es gilt heute noch. Wenn daher jetzt ein neuer preussischer Ministerpräsident geschaffen wird, heißt er Autokrat oder Scholly, so ist dies nichts als ein äußerlicher Decorationswechsel. Die politische Verantwortlichkeit für das, was in Preussen geschieht, verbleibt doch bei Bismarck. Wichtig ist, daß der Bundesrath bei Zeiten den Vertretern einen Riegel vorschiebt, die darauf ausgehen, eine parlamentarische Regierungsform zu etablieren und Reichsministerien herzustellen, deren erste Aufgabe wäre, den Wirkungskreis der Einzelstaaten einzuschränken. Diese Bestrebungen haben eine Zeit lang geruht, sind aber neuerdings recht lebendig geworden und speziell das Programm des nationalsozialistischen Bundesrats mit all dem größten Applomb, den wir schon zur Genüge gewohnt sind. Leider glaubt die schässische Fortschrittspartei, deren sich lässliche Geminnung sich wiederholt bewährt hat, sich nicht verlagern zu können, diese Mißstände mitzumachen. Wenn das nicht A-griffsoverwirkung ist, kann man's nur Gedankenlosigkeit oder Leichtsinn nennen.

Angeregt der sozialistischen Bewegungen in Frankreich und England und der vielfachen aufsteigenden Demonstrationen der Arbeiter in ein und der Zeit, an der Hand der statistischen Wissenschaft zu untersuchen, wie es sich in Wirklichkeit mit der Behauptung verhält, daß die Massenbewegung immer größer wird und das Loos des Arbeiters abler betrifft ist, als jemals zuvor. Vor Kurzem hielt Herr Giffen, der Vorstand des statistischen Bureau im englischen Handelsministerium einen Vortrag, der den Fortschritt gründlich widerlegte, daß in England die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden. Obwohl es sich im Nachhinein hauptsächlich um englische Verhältnisse handelt, so ist doch dieses Unterland für moderne Produktionsverhältnisse und Volkswirtschaft typisch für die entstehenden Verhältnisse des Continents. Der englische Statistikler wies nach, daß der Arbeiter heute an 30-100% mehr an Geldlohn erhält, als vor 50 Jahren und dagegen um 20% weniger Arbeitszeit gibt und daß der Preis aller notwendigen Lebensmittel um ein Bedeutendes gefallen ist, so daß er sich jetzt Lebensmittelmäßig leicht gewinnen kann, als die damals nicht zu denken war. Dabei sorgt der Staat für die Erziehung und Gesundheitspflege

und der Schulunterricht der Kinder des Arbeiters schmal besser als vor 50 Jahren. Der Durchschnittslohn der Arbeiter ist infolge dessen auch um 3 Jahre gekrungen, die Anzahl minderte, die Zahl der Sparschneidereien vermehrte sich um das Fünffache, das eingetragene Sparcapital um das Fünffache. Ebenfalls um das Fünffache stieg der Nominal von Prämien wie Die, Manoe, Jäger und Lohal pro Kopf der Arbeiterbevölkerung. Man steht heraus, daß an der allgemeinen Verbesserung der Lebenslage der heutigen Arbeiter die Arbeiter wesentlich mit theilnahmen. Das ist eine erfreuliche und nicht zu leugnende Thatfache. Aber auch den notwendigen Einwand, daß an der allgemeinen Verbesserung der Arbeiter nur der geringste Theil bekommen, die Kapitalisten aber den Völkernantheil davon getragen hätten, weist Dr. Giffen zurück. Während nämlich das Vermögen der großen Kapitalisten, wie aus den Steuerlisten und Nachlassgebühren ersichtlich, bloß um 14% den Steuerlisten und Nachlassgebühren zuzurechnen, vermehrte sich die Zahl der Personen, die überhaupt Kapitalisten oder Sporer genannt werden können, um 184%. Also die Zahl der Reicheren, die sich aus der Arbeitervolkse verhalten und vermehrt, nahm wesentlich zu, nicht aber der Reichtum einzelner Großen. Was alle Dem folgt keineswegs, daß sich der Staat oder die Gesellschaft schließlich zu verbieten, denn wenn der Arbeiter seinen angemessenen Lohn erhält, erhöht sich keine Konsumtionskraft und das bedeutet die Interessen der Allgemeinheit. Es soll nur der Lüge entgegengetreten werden, also angee bene den Arbeitern schlechter denn jemals. Es ist eine der schönsten Aufgaben der Statistik, nicht über die Vervielfachung der Menschen und der arbeitenden Klasse insofern zu verzeihen, weil daran der Kulturfortschritt am deutlichsten anschaulich gemacht werden kann. Das wird keinen Einwand auf alle unheilvollen Elemente nicht verzeihen.

Neuentelegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 4. April

Berlin. Das Behagen des Kaisers ist in launiger Aelter Neigung begriffen. Die Großherzögin von Baden, welche wegen Unfähigkeit ihres kaiserlichen Vaters die Thronbesteigung übernahm, löst am Sonntag nach Karlsruhe zurück. Die Vermählung der Prinzessin Viktoria von Hessen mit dem Prinzen Battenberg, findet Ende Mai in Darmstadt, die Vermählung ihrer Schwester mit dem Großfürsten Sergius von Russland, im Juni in Petersburg, die Vermählung der Tochter des Landgrafen von Hessen, Prinzessin Elisabeth, mit Geyling von Weipohl am 26. Mai in Philippsruhe statt. — Die Nationalversammlung hält die Behauptung aufrecht, daß bei den gegenwärtig im Schooße des preussischen Wirtensums beschwebenden Veränderungen die Stellung des Wirtensums des Jagers von Vossler in Frage steht. — Nach der Welterstellung über die Sachverhalte im Bundesrathe ist, daß über seine Neuerung betreffend das Reichsministerium Nachrichten veröffentlicht werden sind. — Der „Raunerische Courier“ hört, daß bereits seit dem letzten März die Anordnungen an Oberpräsidenten gehen sind, die sich darauf beziehen, Vorbereitungen für die Reichstagswahlen in Angriff zu nehmen und sich für die Regierung die Verantwortlichkeit einer Auflösung des Reichstages in's Auge fassen. — Gehorchen und der berichtete Vortrag mit Präsidium der Oberpräsidenten an der Spitze und der Direktor des Wirtensums Geheimrath Krellinger an einem Herz eiden. — Unter Vorbehalt des Reichs Verhältnisses in konstituire sich, wenn eine deutsche Gesellschaft für deutsche Colonisation, welche die Begründung deutscher Arbeit und Handelscolonien bezielt. Der Zweck soll erreicht werden durch Ausbringung eines Colonisationsarsinals, durch Ausföhrung und Erwerbung geeigneter Colonisationsgebiete und durch Einleitung der deutschen Auswanderer in diese Gebiete. — Als Termin zur Grundsteinlegung für das Reichstagsgebäude wird der 10. Mai als zehnter Jahrestag des Frankfurter Friedensschlusses genannt. — Anlässlich des Tages der Arbeiter in der Rahnmaschinenfabrik von Jüter und Kilmann fanden einige Versuche statt. Einige aus der Fabrik Kommande R drittelnehmer am Streik wurden von freistehenden Gewerkschaften getrieben. Von den ca. 1100 Arbeitern arbeitete Samstag noch 300, darunter die stammlichen weiblichen Arbeiterinnen. Die Directorien veröffentlichte eine Erklärung, wonach keine allgemeine Pohnreuezeit geplant gewesen sei.

Berlin. Der Director der 2. Abtheilung des Reichspostamtes, Miesler, ist in der vergangenen Nacht am Schlaganfall gestorben.

Stuttart. Am Mai findet hier eine internationale Tarifkonferenz statt, in welcher besonders die Sechaleantaise zur Verhandlung kommen.

Paris. Die Kammerdebatten nahmen einstimmig betrefend Madagascar die Kreditvorlage an. — Die Regierung verbot ein Sitzergesetz, welches eine heilige Volkshüttenfeier am 16. April veranstalten wollte.

Dublin. Die Regierung entdachte eine Konspiration trißter Jurisdiction, welche die Sprengung des Gefängnisses in Mountjoy zur Behauptung der Inhabieren zu Zwangsarbeit verurtheilten feindlichen Gefangenen bezweckte. Die Gefangenen stellte durch Gewölbeschloß werden, welches in Irland und den Vereinigten Staaten gezeichnet war. Die Verhörende banketten im Conversations mit den amerikanischen Dynamitanschwerörern. Die in Mountjoy Inhabieren Gefangenen wurden nach England gebracht.

Die Berliner Börse eröffnete wieder mit geringem Bereich, Stagnation hielt aber heute bis zum Schluss an und dauerte auch während der Nachbörse fort, die niedrigen Anfangscurse behaupteten sich aber trotz des geringen Geschäftes gut, ja vielfach waren Curse um Schluss besser wie am Beginn. Speculativer Panken liehen niedriger ein und schlossen auf gestrigem Niveau. Kassaarbeit fest. Deutsche Bahnen erübrnen vorwiegend Befestigungen besonders Westfälischer und Marienburger. Oesterreichische Bahnen matt. Oesterreichische Prioritäten teilweise begeben. Verzwerke still, die leitenden konnten sich etwas erholen. Industrien ohne einseitige Tendenz. Broter und Rohmann infolge des Streiks gedrückt. Deutsche Bonds recht fest, fremde Renten leicht abgedrückt.

Koloth und Sächtische.
— So. Maj traf am Donnerstag früh gegen 1 1/2 Uhr mittelst Extrazuges in Scharbau ein und besah sich in Begleitung des Oberforstmeisters Diebner auf Reinhardt'scher Weiser zur Ruckelbahn. Die Rückkehr Sr. Majestät nach Dresden erfolgte früh gegen 1 1/2 Uhr.

Dieser Tage ist ein Bescheid nach Sprachung abgedrückt worden, um für E. Maj. Hoch. den Prinzen Arvidrich zu einer paffener Wohnung anständig zu machen. Es soll in Sprachung ziemlich großer an geeigneten Bawohnungen sein. Der Prinz wird am 12. Mai in Begleitung seines militärlichen Erbes, Major v. d. Klause, die Sprachung'sche Schlothe besuchen.

— S. M. die Königin besuchte Donnerstag und Freitag Vormittags die öffentlichen Schulen der 1. katholischen Dicoese mit Altherblicher Gegenwart und nahm lobende Eintheilung von den ausgeschickten Zeichnungen und weiblichen Arbeiten. Zugewen waren außerdem der hochwürdigste Herr Bischof Bernert, Herr Konsistorialrath v. Helke, Herr Schulrath Vert et und Herr Generalauditeur Grimmer.

— Polizeipräsident Schwauß erhielt das Comfubitus L. Klasse des Sachsen-Erbsächsischen Hausordens; der Director des Nationalen Ankers der Stadt Leipsig, Halle, das Oesterreichische des kaiserlich brasilianischen Kreuzordens.

— Am Departement der Justiz tritt vom 1. Mai ab mehrere Personalveränderungen ein: Anführer Dr. Richter wird zum Vordirector in Dresden beordert, Anführer Dr. Behner zum Vordirector in Chemnitz, Anführer Anker in gleicher Eigenschaft nach Freiburg, Anführer Dr. Schreiber ebenfalls als Vordirector nach Chemnitz. — Der Director der Königl. Polizeidirection Dresden, v. Criegern, wird an die Antstehungsministerialdirection Freiburg versetzt.

— Für die zu besetzende Stelle des Polizeihauptmanns in Chemnitz soll der bisherige Artilleriehauptmann v. Gög in Ausföcht genommen sein.

— Von amtswegen wird seit dem 1. April 1884 und 1885 veröffentlicht. Auf Grund der von dem Landtage beim Staatshaus abgelehnten Hebesätze werden die Hebesätze und Zuschüsse des ordentlichen Staatshaushalts für jedes der beiden Jahre um 64,925,022 Mark, sowie zu außerordentlichen Staatshaushalts für beide Jahre noch ein Betrag von 17,635,705 Mk. festgelegt. Zur Deckung des Hausbedarfes für den ordentlichen Staatshaushalt sind zu erheben: a) die Grundsteuer nach 4 Pfennigen von jeder Steuerinheit, b) die Einkommensteuer, c) die Steuer von Gewerbebetrieben im Umfange, a) die Salzsteuer, insofern die Hebesätze von 1, d) der Umlagenschatz. Die zu außerordentlichen Staatshaushalts bezüglige Summe ist, soweit sie nicht aus den Verwaltungsbudgeten der Finanzperiode 1880-81 gedeckt wird, aus dem Vermögen des mobilen Staatshausvermögens zu entnehmen.

— Ueber die in vorgestigter Stadtorde neten fassung gefassten Beschlüsse theilten wir am Kopfe des gefrigen Blattes schon einiges mit und zwar, daß der Antrag des Schriftführers v. d. Brühl betr. 1. die Hebernahme des Haushausausgaben in städtische Verwaltung; 2. die Hebernahme der Umlagensätze von 3. die Anbringung von Grundbesitz an allen noch nicht mit Trottoir versehenen Fußbahnen der inneren Vorstädte, was genügende Unterstützung fand, aber eine Verhinderung angelehnt und der Antrag vielmehr zur Verhinderung an den Rechts- und Verwaltungsausschuss verwiesen war, sowie, daß das Kollegium bezüglich der Heberung städtischer Regarbeiten und Leistungen an Stadtorde neten bei seinem früheren Antrag vom 14. Februar d. J. den Stadtrath zu eruchen, Angehörigen des Stadtorde neten Kollegiums ohne Genehmigung des letzteren feuerliche Regarbeiten zu übertragen“ seien blieb und zugleich beschränkt, daß Mitglieder des Kollegiums die Ausführung städtischer Arbeiten und Leistungen, wenn solche nicht in öffentlicher Konkurrenz ausgeschrieben sind, ohne Kenntnis und Genehmigung des Kollegiums nicht übernehmen sollen. Zu dem letzteren Beschlusse ward auf besonderen Antrag sogar namentlich abgestimmt. Die wenigen Stimmen, die sich wie früher schon mehrere, gegen diese beschränkende Beschlüsse geltend machten, brangen eben auch diesmal nicht durch, und so wird es denn kommen, wie von einem Redner schon richtig behauptet ward, daß in Zukunft viele heftige und leistungsfähige Handwerker über Wahl in das Kollegium aus dem Wege gehen werden! Ueber den neulich schon erwähnten Antrag des H. A. Turke und Gen., den Rath wiederholt dringend zu eruchen, bei Heberung städtischer Arbeiten in erster Linie heilige Gewerbetreibende zu berücksichtigen, der keine Entföhrung in dem Umfange fand, daß an den neuen Schulen an der Schindstraße die Abgableistungen von einer Prager Firma geliefert werden fö, daß man in der gewonnenen Ueberzeugung, daß es sich bei dieser Billigkeitsangelegenheit nur um eine Ausnahme handelt, zur Tagesordnung über, beschließt aber, den Rath zu eruchen, bei der Beabsichtigung der Aufträge, welche über die Abgableistungen ergöhrten, an geeigneter einander Stelle über das problematisch angereicht Bangerlose Suben ein Gutachten einzuholen und dasselbe seiner Zeit dem Stadtorde neten mitzutheilen. Am Mittwoch wurden noch 500 Mark zur Verlängerung des Wasserleitungshauptrohres in der Thälantstraße und 6000 Mark zur Verneuerung neuer Schwammrohren und zur Verbesserung der Schwammrohrlager an dem zweiten Wasserpunkte der Wasserbetriebsanlage im städtischen Wasserwerke bewilligt, auch am Antrag des Stadtorde neten Herrn Horrich der Rath an ididungse Anordnung u. der Wandmalereien in der Aula der Preussische gymnasium.

— Hinsichtlich der in unrer Stadt zum Ausbruch gekommenen Streikes der Glasarbeiter und der Steinsetzer hört man so Manches, was der Wahrheit im Sinne der Gerechtigkeit nicht unwerth ist. Von vorderein sei hier betont, daß wir jederzeit mit voller Sympathie da auf der Seite der Arbeiter stehen, wie die besteht sind, an der Hand des Rechts und der Billigkeit ihre Verhältnisse auch rechtlich aufzubehalten und wir föhen das auch bezüglig eine Vereinigung zu beiderseitiger Aufrechterhaltung erfolgt. Gleich kam ein Streit mitunter auch die Wirkung des Arbeitgebers in Frage stellen, wenn Zeit und Umstände ungnügstig liegen. So ward uns s. B. bez. der Firma Höckel u. Co. hier — deren ca. 60 Steinsetzer gleichfalls die Arbeit eingestellt haben und bedeutende Pohnreuezeit u. l. w. verlangen — erzählt, daß die Firma gar nicht abgeneigt sei, den Streikenden entgegenzukommen und ihre Fortsetzung zu bewilligen, daß sie nur gerade jetzt in schlimmer Lage lie, weil sie die architekturischen Verfertigungen für das Hamburger Rathaus übernommen und bereits bezüglich der Preise contractlich fest abgezeichnet habe. Bei diesem Willens, der vor Monaten erfolgte, brach die Firma bei ihrer Fertigkeit natürlich noch den bisherige Pohnreuezeit für ihre Steinsetzer in Aufsch und wenn sie nun nicht die möglich anstehenden Verfertigungen der Arbeiter befristeten zu müssen genutzten sein heilte, so würde doch für die Firma einen ganz enormen Verlust ergeben. Deshalb fö die Firma einen ganz den Ver Schlag gemacht haben, sie möchten nun diese Verfertigung auch von den bisherigen Verfertigen mit zu stellen, jede weitere neue Arbeit fölle dann nach einem erhöhten Lohne bezahlt werden. Der Ver Schlag fölle aber Ablehnung gefunden haben. — Was die Firma die Glasfabrik anlangt, so liegt es uns auch da fern, die höchsten Forderungen der Glasarbeiter kritischen zu wollen; wir